

Mindestlohn **jetzt!**



Foto: KdF

Was tun gegen Lohndrückerei? DIE LINKE.Neukölln lädt ein zur Veranstaltung zum Mindestlohn am Montag, dem 23. Mai, um 18.00 Uhr.

Ort: Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf, Richardstraße 78/Ecke Kirchgasse 62, in Berlin-Neukölln.

Ausführlich Seite 4

Seit dem 2. Mai sind die Beschäftigten der Charité im Streik. Vor allem im Bereich des Tochterunternehmens Charité Facility Management (CFM) werden Löhne gezahlt, die inakzeptabel und für ein Unternehmen des Landes Berlin nicht länger hinzunehmen sind. **Aktuell: <http://berlin.verdi.de>**

In dieser Ausgabe:

2 Anti-Nazi-Protest in der Gropiusstadt. Thomas Licher berichtet, wie die NPD Ängste mobilisieren will – und damit scheitert.

3 „Der Bürgermeister will es so.“ Barbara Seid über einen Bauzaun und Polizeiwagen auf dem Hermannplatz, um Drogenabhängige zu vertreiben.

5 Jobwunder zum 1. Mai? Michael Schlecht untersucht die Jubelmeldungen der Bundesregierung.

7 Politisches Sommerkino in Neukölln. Alle Filme, alle Termine.

8 Sarrazin bleibt SPD-Mann. Neuköllns Bürgermeister Buschkowsky nennt das einen „Sieg der Vernunft“.

„Der Abzug der Truppen ist die beste Schlussfolgerung aus Bin Ladens Tod“

Die von Angela Merkel bejubelte Aktion der US-Spezialkräfte war eine außergerichtliche Hinrichtung. Osama Bin Laden wurde mit einem Kopfschuss getötet, statt ihn festzunehmen.

Offensichtlich wollte US-Präsident Obama einen Gerichtsprozess gegen Bin Laden verhindern, der die langjährige US-Kooperation mit Bin Laden und den Taliban an die Öffentlichkeit hätte bringen können.

Absolut unverständlich ist, dass Außenminister Guido Westerwelle nun am Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr festhalten will. Die Suche nach dem mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge vom 11. September war das offizielle Ziel des Afghanistan-Kriegs. Die Bundesregierung muss nun aus dem Tod von Osama Bin Laden die Schlussfolgerung ziehen, die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abzuziehen.

Doch Osama Bin Laden war nur der Vorwand für einen Krieg, hinter dem von Anfang an geostrategische Interessen standen. Die USA ging damals nicht auf das Angebot der

afghanischen Regierung ein, Osama Bin Laden auszuliefern, sondern griffen direkt an. Der Krieg in Afghanistan hat ein Vielfaches an Menschenleben gekostet als die Anschläge vom 11. September. Allein 2.441 ausländische Soldaten starben bis heute in Afghanistan. Dazu kommen die unzähligen afghanischen Zivilisten, die tagtäglich von ausländischen Soldaten getötet werden.

Christine Buchholz,
Mitglied im Geschäftsführenden
Vorstand der Partei DIE LINKE



Foto: Michael Bruns

Nach dem Tod Bin Ladens aktueller denn je: Truppen raus aus Afghanistan!

Anti-Nazi-Protest in der Gropiusstadt

Am Montag, dem 18. April, versammelten sich über 200 junge und alte Antifaschisten auf dem Lipschitzplatz in der Gropiusstadt, um gegen eine dort kurzfristig anberaumte NPD-Kundgebung zu protestieren.

Die NPD hat die am 1. Mai in Deutschland in Kraft tretende EU-weite „Arbeitsnehmerfreizügigkeit“ zum Anlass genommen, um ihre ausländerfeindlichen Parolen zu verbreiten.

Bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit handelt es sich um das Recht, innerhalb der EU sich seinen Arbeitsplatz frei zu wählen. Während Schweden,

Großbritannien und Irland gleich bei der Osterweiterung der EU 2004 den Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmer aus den neuen Beitrittsländern öffneten und die anderen EU-Länder schrittweise folgten, haben Deutschland und Österreich die jetzt endende siebenjährige Übergangszeit voll ausgeschöpft.

Auch in Neukölln haben viele Menschen durch die Berichterstattung der bürgerlichen Medien Angst vor den Folgen des vermeintlichen „Ansturms von osteuropäischen Billigarbeitern“. Die Menschen befürchten wegen der zusätzlichen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weitere Lohnsenkungen und den Verlust des Arbeitsplatzes.

Besonders im Niedriglohnbereich besteht die Gefahr, dass die Unter-

nehmen zur zusätzlichen Steigerung des Profits inländische und ausländische Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen, um weiter das Lohnniveau abzusenken. Doch es wäre ein Irrweg, wenn die Bundesrepublik sich gegen ausländische Arbeitnehmer abschottet und diese nicht ins Land lässt, wie von den Nazis und von Teilen der CDU gefordert.

Die Lösung gegen Lohndumping ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes von 8,50 Euro pro Stunde, der schnell auf 10 Euro für alle angehoben wird. Bedingung ist, dass die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns konsequent durchgesetzt wird.

Pleite für die NPD: Es waren nur 12 bis 15 Personen zu dieser braunen Veranstaltung gekommen, die

anscheinend aus dem engsten Kern der Berliner NPD stammten. Die vorbeikommenden Anwohner und Passanten wendeten sich angewidert ab und reagierten mit großem Unverständnis. Am Ende wurden die Nazis von der Polizei zur U-Bahn geführt. Sie hatten wegen der gemeinsamen Aktion von LINKEN, SPD, DKP, Grünen und Antifa keinen Erfolg.

Am Rande der Proteste wurde der Leiter der polizeilichen Versammlungsbehörde leicht verletzt, weil ein übereifriger Bereitschaftspolizist ihm Pfefferspray direkt ins Auge sprühte und den gesetzten, grauhaarigen älteren Herrn offenbar für einen „Autonomen Gewalttäter“ hielt.

Thomas Licher



Fotos: KDH

Rund um den Reuterplatz sind die Mieten um rund 18 Prozent gestiegen.

Neukölln ist auf dem Weg zum Szenebezirk und darüber hinaus zu einem Viertel für Besserverdienende.

Durch Modernisierung/Sanierung steigen die Mieten und eine Verdrängung der angestammten Mieterinnen und Mieter droht. Was hat den Bezirk bisher zusammen gehalten? Wie können Anwohner ihre Ansprüche weiter geltend machen?

DIE LINKE.Neukölln lädt ein zu einer Debatte mit Anwohnern und Trägern. Eingeladen sind u.a. V. Eick (Aufwertung und Kiez), N. Rheinländer (Sanierung konkret) und A. Page (Schüler- und Bürgerpartizipation an Planungsprozessen) am Freitag, dem 13. Mai, ab 19 Uhr im „Wostel“, Hobrechtstraße 66, 12047 Berlin (nahe U6 und U7 Hermannplatz).

Zuvor findet mit Abgeordneten der LINKEN und Fachpolitikern für Wohnen und Stadtentwicklung ein Rundgang in Nord-Neukölln statt.

Solidarität mit den Lehrkräften

Der Bezirksvorstand DIE LINKE.Neukölln hat sich auf seiner Sitzung am 29. April 2011 mit der Lage an den Neuköllner Schulen beschäftigt und eine Erklärung „Solidarität mit den Berliner Lehrkräften“ beschlossen.

Darin heißt es unter anderem: „Mehrere tausend Lehrkräfte haben bereits im Vormonat gegen die zunehmende Arbeitsbelastung und für altersgerechte Arbeitsbedingungen an den Berliner Schulen demonstriert. DIE LINKE.Neukölln solidarisiert sich mit der Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach weniger Pflichtstunden für äl-



Auch am 1. Mai kämpferisch dabei: Die GEW.

tere Kolleginnen und Kollegen. Denn auch an Neuköllner Schulen werden viele Lehrkräfte in Krankheit und vorzeitigem Ruhestand getrieben, weil ihnen Bildungssenator Zöllner verweigert, was in den anderen Bundesländern längst umgesetzt ist.

DIE LINKE.Neukölln hält auch Arbeitsniederlegungen für legitim

– auch von verbeamteten Lehrkräften – zumal der Bildungssenator auf Offene Briefe, Unterschriftensammlungen, Resolutionen, etc. nicht angemessen reagiert. Gerade in sozialen Brennpunkten wie Neukölln ist die Entlastung der Kolleginnen und Kollegen für viele Schülerinnen und Schüler eine Voraussetzung dafür, dass sie

überhaupt die Chance auf einen Abschluss haben.“

Unterstützt wird die Forderung nach Wiedereinführung einer Altersermäßigung und einer Senkung der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte sowie die Aktion „Rote Karte“ des Landeselternausschusses. Vom Bildungssenator wird die Anerkennung der Auseinandersetzung um altersgerechte Arbeitsbedingungen als tarifpolitisch außerhalb der aktuellen Friedenspflicht liegenden Forderungsbereich erwartet.

Am Donnerstag, dem 19. Mai, um 19 Uhr lädt die Basisorganisation Rixdorf, zu einer Diskussion mit Jürgen Schulte vom GEW-Vorstand Neukölln zum Thema: „Die Neuausrichtung der Berliner Schulpolitik“ ein. Ort: DIE LINKE, Richardplatz 16.

„Der Bürgermeister will es so.“

Bauzaun und Polizeiwagen sollen Drogenabhängige von Hermannplatz vertreiben

Die Polizei hat in unserem Nachbarbezirk Kreuzberg die Drogenabhängigen vom Kottbusser Tor vertrieben, mit dem Ergebnis, dass sich diese Szene nun zur Neuköllner am Hermannplatz gesellt. Die CDU will damit einen Wahlkampfhit auflegen.



Reine Schikane: Ein völlig überflüssiger Bauzaun auf dem Hermannplatz.

Es zeigt sich, dass solche Verdrängungsstrategien keine Lösungen sind. Abgesehen davon, dass auch diese Menschen das Recht haben, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, wird keinem einzigen von einer solchen Maßnahme tatsächlich geholfen. Die Hilfseinrichtungen der Suchthilfe müssen wissen, wo sich die Konsumenten aufhalten, damit sie im niedrigschwelligen Bereich Kontakt mit ihnen aufnehmen können. Nur so kann man die Menschen abholen und sie möglicherweise in eine Therapeutische Einrichtung vermitteln. Allerdings arbeitet der Bezirk Neukölln gemeinsam mit der Polizei gegen die Hilfseinrichtungen. Anstatt den kranken Menschen die Möglichkeit eines Ausstiegs zu ermöglichen, werden

sie vom Hermannplatz verdrängt – wohin weiß bislang niemand. Es will auch keiner wissen, „das ist egal“, so sagt die Polizei, „der Bürgermeister will nicht, dass sie hier sind.“ Stattdessen wird ohne Grund seit Jahren ein Bauzaun auf dem Hermannplatz geduldet, der keinerlei Funktion hat außer, dass Menschen sich nicht auf die kleine Mauer setzen können, wenn die Bänke belegt sind. Aus dem Bezirksamt ist zu hören: „Das ist zu gefährlich. Die Menschen könnten auf die Fahrbahn fallen.“ Faulere Ausreden hat es noch nie gegeben. Das soll mal einer vormachen. Das ist völlig unmöglich. Stattdessen setzen sich die Menschen nun auf eine Mauer am Fahrradweg, gefährden hier tatsächlich die FahrradfahrerInnen und sich selbst. Da-

für stehen jetzt täglich 3 kleine Busse auf und um den Hermannplatz und viele Polizisten bevölkern den Platz und den U-Bahnhof. Die Polizei scheint zuviel Personal zu haben. Eine Frau, die ganz am Rande vom Hermannplatz sitzt und bettelt, wird von der Polizei aufgefordert, sofort zu gehen. Auf Nachfrage von empörten Bürgern kommt die Antwort: „Es ist nicht schön, zu betteln. Außerdem ist es verboten“. Auf die Frage, ob es denn auch verboten ist, den Leuten Geld zu schenken, kommt die Bemerkung: „Die haben alle genug Geld“.

Am Hermannplatz kann jeder jetzt seine Studien betreiben: die Berliner Polizei, die zeigt, wie langweilig ihr Beruf ist, wie wenig sie zu tun hat bei diesem enormen Polizei-



Fotos: KDH

Markt auf dem Hermannplatz, ein Treffpunkt im Norden Neuköllns.

kräfteüberschuss. Der Bezirk zeigt, wie man mit kranken und armen Menschen in unserer Gesellschaft umzugehen hat. Bleibt nur noch die Frage: Wem gehört eigentlich der öffentliche Raum?

Barbara Seid

Atomausstieg: Protest spielt die zentrale Rolle



Bei der DGB-Demonstration am 1. Mai dabei: Kolleginnen und Kollegen von Vattenfall setzten sich kritisch mit „ihrem“ Konzern auseinander.

Die Atomlobby reorganisiert sich, die Bundesregierung ringt um einen Kurs in der Atompolitik: Die nächsten Wochen entscheiden über die Zukunft der Atomenergie in der Bundesrepublik. Und der Protest spielt dabei die zentrale Rolle.

Die öffentlichen Expertenanhörung der von der Regierung eingesetzten Ethik-Kommission zur Atomenergie war vor allem ein Forum für die zahlreich vertretenen Gegner einer Energie-

wende. Die zündeten eine Nebelkerze nach der anderen. Worum es tatsächlich geht, wurde am Ende deutlich: Den starken Anti-AKW-Protest so zu besänftigen, dass Atomkraftwerke unter dem Siegel „Atomausstieg“ noch viele Jahre unbehelligt weiterlaufen können.

Kurz vor dem Ende des Moratoriums im Juni finden in vielen Städten am 28. Mai Großdemonstrationen gegen Atomkraft statt. Auch in Berlin.

Mehr zu den den geplanten Demonstrationen findet ihr hier sobald es nähere Informationen zum genauen Ablauf der Veranstaltung gibt: <http://anti-atom-demo.de>



Was tun gegen Lohndrückerei? Veranstaltung zum Mindestlohn

am Montag, dem 23. Mai 2011, um 18.00 Uhr
mit Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Betroffenen aus dem Niedriglohnsektor.
Ort: Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf, Richardstraße 78/Ecke Kirchgasse 62, 12043 Berlin-Neukölln.

Wir decken auf: Skandal um Billiglöhne. Rund 25 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in Deutschland mittlerweile im Niedriglohnsektor – Tendenz steigend. In 20 von 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Was in anderen Ländern selbstverständlich ist, wird Beschäftigten in Deutschland verwehrt, nämlich der Schutz vor flächendeckendem Lohndumping.

Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Linksfraktion im Bundestag, deckt Grausamkeiten der Lohndrückerei auf. Vorgestellt wird die von der Bundestagsfraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Broschüre „Tatort Niedriglohn“. Die Broschüre zeigt anhand konkreter Beispiele und Original-Tönen auf, warum ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro in Deutschland längst überfällig ist.

Betroffene Kolleginnen und Kollegen aus dem Niedriglohnsektor und Betriebsräte sind eingeladen, um gemeinsam zu diskutieren, welche nächsten Schritte zur Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns eingeleitet werden müssen.

Den Fall lösen: Mindestlohn statt Lohndumping.

Termine: DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 12.5., 19 Uhr
Donnerstag, 26.5., 19 Uhr
Donnerstag, 9.6., 19 Uhr
Donnerstag, 23.6., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Offenes Wahlkampfteam

Mittwoch, 18.5., 19 Uhr
Mittwoch, 1.6., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 11.5., 19 Uhr
Mittwoch, 25.5., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29
Info-Stände jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor dem Kindl-Boulevard in der Hermannstraße.

BO Reuterkiert

Montag, 10.5., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

BO Rixdorf

Donnerstag, 5.5., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation.
Thema: Gesundheitspolitik in Berlin.
DIE LINKE, Richardplatz 16
Donnerstag, 19.5., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation.
Thema: Die Neuausrichtung der Berliner Schulpolitik. Einleitung: Jürgen Schulte, GEW-Vorstand Neukölln
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 10.5., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz.
Thema: Wahlkampf in der Gropiusstadt.
Dienstag, 17.5., 18 Uhr,
Info-Stand der Basisorganisation Süd am Lipschitzplatz.
Dienstag, 24.5., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz.
Diskussion: Soll-Ist des Grundgesetzes. Theorie und Praxis.

Offenes Wahlkampfaktiv der Neuköllner LINKEN

Am 4. Mai hat das „Offene Wahlkampfaktiv der Neuköllner LINKEN“ seine Arbeit aufgenommen.

Nachdem das „Linke Programm für Neukölln“ beschlossen und die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN aufgestellt sind, geht es nun mit Nachdruck um den Wahlkampf. Dazu sind alle Interessierten eingeladen, ihre Talente und Ideen einzubringen. Der Wahlkampf wird konzipiert, vorbereitet und organisiert von einem Offenen Wahlkampfaktiv. „Offen“ bedeutet, dass alle interessierten Genossinnen und Genossen

sowie Nicht-Mitglieder mitwirken können. Gemeinsam werden dort die Themen unseres Wahlkampfes besprochen und die Wahlkampfaktionen entwickelt und geplant (Lautsprecherfahrten durch die Kieze, öffentliche Konzerte, Materialsteckaktionen, Kundgebungen, Kneipentouren, etc.). Die nächsten Treffen des Wahlkampfaktivs finden statt am Mittwoch, 18. Mai 2011, und am Mittwoch, 1. Juni 2011, jeweils um 19 Uhr im Ladenlokal am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße). Für Rückfragen steht Klaus-Dieter Heiser (klaus-dieter.heiser@die-linke-neukoelln.de, 030 6866319) gerne zur Verfügung.



Foto: KDH

1. Mai 2006: WASG und PDS haben beschlossen, sich zur Partei DIE LINKE zu vereinigen. Die Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn war die erste gemeinsame Kampagne. Inzwischen reden alle vom Mindestlohn, es kommt aber darauf an, ihn durchzusetzen.

Dienstag, 31.5., 18 Uhr

Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz.
Thema: Diskussion "Politische Bildung" Normal-Unnormal Falsch oder Richtig.

AG Hartz IV

Mittwoch, 11.5., 17.30 Uhr
Thema: Wie umgehen mit den neuen Gutscheinen?
DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Kultur und Politische Bildung

Montag, 6.6., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 11.5., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 25.5., 14 bis 16 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 17.5., 11 bis 14 Uhr
Dienstag, 7.6., 11 bis 14 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Linksjugend [solid] Nord-Neukölln

Dienstag, 10.5., 19 Uhr
Thema: „Profitlogik brechen – Atommafia enteignen!“
Dienstag, 24.5., 19 Uhr
Dienstag, 7.6., 19 Uhr
Treffen in der „Werkstadt“, Emser Straße 124, Ecke Ilsestraße (zwischen den Bahnhöfen Hermannstraße und Neukölln).

Ausstellung:

„Vom KZ Columbiahaus zur Zwangsarbeit auf dem Tempelhofer Feld“, vom 15. Mai bis 1. Juli in der Medient Galerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Weitere Termine im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de

Fest der Linken 27.-29.5.2011
KULTURBRAUEREI
BERLIN-PRENZLAUER BERG

Jobwunder zum 1. Mai?



Fotos: KDH

„Mindestlohn statt Lohndumping, Löhne rauf, Mieten runter“. Mit diesen aktuellen Forderungen reihte sich die Neuköllner LINKE in den gewerkschaftlichen Demonstrationen am 1. Mai ein.

Passend zum 1. Mai verkündete Arbeitsministerin von der Leyen einen neuerlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 3,08 Millionen.

Wenn sie rund eine Million Arbeitslose noch hinzuzählen würde, wäre sie dichter an der Wahrheit. Alleine fast 400.000 Arbeitslose werden nicht mitgezählt, weil sie älter als 58 Jahre sind.

Schaut man genauer in die Statistik der Bundesagentur, dann offenbart sich, wie viele bereits ins Abseits gedrängt wurden. 830.000 Menschen beziehen Arbeitslosengeld I, mehr als 4,7 Millionen Arbeitslosengeld II. Sie sind erwerbsfähig und finden keinen Job. Oder nur menschenunwürdige, bei denen sie so wenig verdienen, dass sie

nicht aus der Abhängigkeit vom Arbeitslosengeld II heraus kommen. Das sind die rund 1,4 Millionen „Aufstocker“. Mit mehr Vollzeitjobs und dem Mindestlohn von 10 Euro könnte dieser Skandal, der die Sozialkassen mehr als zehn Milliarden Euro kostet, weitgehend beseitigt werden.

Das vermeintliche Jobwunder wird auch jubelt, weil es mittlerweile wieder 28 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gibt. Rund 700.000 mehr als noch vor einem Jahr. Nur dieser Erfolg beruht zu einem großen Teil auf Leiharbeit, befristeten und anderen miesen Jobs.

Eine richtige „Erfolgsbranche“ ist die Leiharbeit. Innerhalb eines Jahres ein Plus von 200.000. Mittlerweile ist die Millionengrenze längst überschritten. Ein absoluter Rekord. Selbst im „Musterlände“ Baden-Württemberg waren im letzten Jahr

mehr als 80 Prozent aller Neueinstellungen nur Leihjobs. So wird Lohndumping betrieben. Es gibt 30 bis 50 Prozent weniger Lohn als für die „Stammebelegschaft“. Und man kann jederzeit rausfliegen. Die relative Arbeitsplatzabsicherung in der Krise 2009 durch Kurzarbeit galt nicht für Leihjobs.

Und dann die Mini-Jobs. Davon kann man eigentlich nicht leben und nicht sterben. 7,3 Millionen solcher „Jobs“ gibt es, rund 1,6 Millionen mehr seit 2003. 4,6 Millionen Frauen arbeiten in Mini-Jobs, 3,3 Millionen bestreiten alleine so ihren Lebensunterhalt. Wenn frau Glück hat, dann hat sie zwei, drei oder vier dieser Jobs, die in der Regel mit mickrigen Löhnen bezahlt werden. Und später führt dies geradewegs in die Altersarmut.

Bei Hartz IV geht es nicht „nur“ um sechs Millionen unmittelbar Betroffene. Es geht um 20 bis 30 Mil-

ionen Erwerbstätige. Sie alle wissen, dass sie bei Verlust des Arbeitsplatzes nach einem Jahr in ein tiefes Loch fallen. Nicht nur, dass „Armut per Gesetz“ droht. Nicht nur, dass manche ihr in einem langem Arbeitsleben erarbeitetes Häuschen verkaufen müssen. Nein, sie wissen, dass sie zu jedem miesen und schlecht bezahlten Job gezwungen werden können. Für 2,50 das Klo putzen, für 3,50 den Hof kehren, das ist zuweilen die Ansage. Ohne Rücksicht auf bisherige Tätigkeiten und Qualifikationen droht die Entwürdigung.

Dies alles, weil unter dem Applaus von Union und FDP die Steinmeiers, Künasts und Trittins – und wie sie alle heißen –, den Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes durch Hartz IV 2003 beschlossen haben.

All diese Missstände, die sich hinter dem „Jobwunder“ verbergen, werden erst beseitigt sein, wenn die Agenda 2010 wieder überwunden ist. Dafür streitet DIE LINKE.

Michael Schlecht



Auch dieser Ver.di-Kollegin, ist der 10 Euro Mindestlohn eine Herzensangelegenheit.

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 5/2011 - MAI

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Mehr Menschen beim Ostermarsch



„Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abschalten“ waren zentrale Aussagen. Ebenso Protest gegen die NATO-Aggression gegen Libyen und die Forderung Bundeswehr raus aus Afghanistan.

Die NATO-Intervention im libyschen Bürgerkrieg und der Atom-GAU in Japan haben viele Menschen aufgewühlt.

Die Ostermärsche waren dieses Jahr mit dem zusätzlichen Thema Atom breiter aufgestellt und besser besucht. In

Berlin hat sich die Teilnehmerzahl verdoppelt – an der Demo beteiligten sich rund 4.000 Menschen.

Der Ostermarsch führte an den Berliner Zentralen der großen deutschen Energieunternehmen Vattenfall, EnBW, RWE und E.on sowie an den Botschaften der Atomwaffenmächte Russland, Großbritannien, Frankreich und USA vorbei, um ge-

gen deren Atompolitik zu demonstrieren.

Der gemeinsame Aufruf von Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung hat Wirkung gezeigt und hat nach der Katastrophe in Japan Bestätigung bekommen. Der Ostermarsch ist eine Wegmarke für breitere Mobilisierungen in diesem Jahr. Dazu gehören der 10. Jahrestag des NATO-Krieges in Afghanistan und auch die Aktivitäten zur sog. Bundeswehrreform.

Interessanterweise waren die Grünen auf den Ostermärschen nur wenig präsent. Ihr Eintreten für „humanitäre Interventionen“, zum Beispiel in Libyen ist nicht kompatibel mit der klaren Ablehnung solcher Einsätze durch die Friedensbewegung.

An den Großaktionen am Tschernobyl-Tag haben Ostermontag bundesweit mehr als 120.000 Menschen an den 12 Aktionsorten teilgenommen: Berliner Atomkraftgegner demonstrierten in Lubmin bei Greifswald.



Ostermarsch als Kreuzgang gegen die Atommafia (oben). Ohne Moos nichts los, deshalb wurde in blauen Eimern gesammelt.



Fotos: Franziska Lorenz-Hoffmann, KDH

Kurden fordern ihre Rechte ein



Gülay Karaslan protestiert vor der türkischen Botschaft gegen die Behinderung demokratischer Kandidaten in der Türkei. Sie vertritt DIE LINKE seit mehreren Jahren in der Neuköllner BVV. Am 18. September kandidiert sie für das Berliner Abgeordnetenhaus.

Rund 2.000 Menschen forderten am 10. April in Berlin die Anerkennung der demokratischen und sozialen Rechte des kurdischen Volkes.

Sie forderten das Recht auf muttersprachlichen Unterricht, die Freilassung der politischen Gefangenen, ein Ende der Militäroperationen in Kurdistan und ein demokratisches Wahlrecht in der Türkei. Sie solidarisierten sich

mit der Kampagne des zivilen Ungehorsams in Kurdistan. Zu Zwischenfällen ist es während der Veranstaltung nicht gekommen.

Der Protest richtete sich auch gegen einen Einsatz der Berliner Polizei in der Woche zuvor. Die Berliner Polizei hatte eine Aktion auf dem Alexanderplatz gewaltsam verhindert. Anknüpfend an die Aktionsform in Kurdistan, „Demokratische Lösungszelte“ zu errichten, wurde auf dem Alex ein Zelt aufgebaut. Es wurde von der Polizei demontiert und beschlagnahmt, obwohl der Pavillon ordnungsgemäß angemeldet war. Auch am Mittwoch und am Freitag ging die Polizei gegen die Kundgebungen am Alexanderplatz vor.

Am Freitag vor Ostern versammelten sich merere hundert Kurden vor der türkischen Botschaft in der Rungestraße. Sie verlangten, dass die Behinderungen kurdischer Kandidaten bei den Palamentswahlen am 12. Juni aufgehoben werden. Zuvor war bekannt geworden, dass zwölf unabhängige Kandidaten des Wahlbündnisses „Block für Arbeit, Freiheit und Demokratie“ nicht zur Wahl zugelassen worden waren.

Gülay Karaslan



Berliner Polizisten demontieren das angemeldete „Demokratische Lösungszelt“ auf dem Alexanderplatz (oben). Gegen Wahlbehinderungen in der Türkei und für demokratische und soziale Rechte versammelten sich kurdische Demonstranten vor der türkischen Botschaft (unten).



Fotos: YEK-KOM, KDH

Politisches Sommerkino in Neukölln

Am 27. Mai startet mit dem Film „Es geht nicht nur um unsere Haut“ das politische Sommerkino in Neukölln.



27. Mai: „Es geht nicht nur um unsere Haut“

24. Juni: „Was geht mich das an?“

29. Juli: „Empire St. Pauli“

26. August: „Wasserkrieg“ und „Water Makes Money“

30. September: „Texas Kabul“

Wie verändert sich Neukölln im Zuge der Aufwertung des Neuköllner Nordens, wie erleben Menschen in unserem Bezirk persönliche Diskriminierung, warum wollen wir, dass die Berliner Wasserbetriebe wieder der Stadt gehören? Wie erleben Betroffene die Kriege, die Deutschland im Ausland führt und wie erleben Angestellte die aktuellen Arbeitskämpfe? Diese Fragen quer über eine linke Position in Neukölln wollen wir uns stellen. Immer am letzten Freitag im Monat wollen wir gemeinsam einen Film sehen und mit eingeladenen Referenten diskutieren. Wir haben spannende Filme vorbereitet mit de-

nen wir aktuelle Diskussionen anschieben und begleiten wollen. Alle interessierten Neuköllnerinnen und Neuköllner sind herzlich eingeladen am jeweils letzten Freitag im Monat in der Geschäftsstelle am Richardplatz einen gemütlichen, politischen Filmabend mit uns zu verbringen.

Das politische Sommerkino in Neukölln findet jeden letzten Freitag im Monat um 19.00 Uhr bei der LINKEN am Richardplatz 16 statt. Die Filmreihe wird von der AG Kultur und politische Bildung der Neuköllner LINKEN vorbereitet.

Wir beginnen im Mai mit einer Dokumentation der Arbeitskämpfe in den Bosch-Siemens Werken im Bezirk Berlin-Spandau. Während der Auseinandersetzung über die Schließung des Betriebes, hat sich die Belegschaft über das Votum der Gewerkschaft hinweggesetzt und in

Form einer 16tägigen Betriebsversammlung ihren Protest ausgedrückt.

27. Mai: „Es geht nicht nur um unsere Haut“

Arbeitskämpfe in den Bosch-Siemens Werken in Berlin-Spandau. Hüseyin Akyurt, Betriebsrat bei Bosch-Siemens in Spandau, wird in den Film einführen und steht zur Diskussion bereit.

24. Juni: „Was geht mich das an?“

Der Verein Glad e. V. hat sich in der „alltäglichen Realität Kreuzbergs“ mit den Zusammenhängen verschiedener Diskriminierungsformen und mit dem Leben und dem Alltag von Menschen auseinandergesetzt, die in Kreuzberg leben oder arbeiten.

29. Juli: „Empire St. Pauli“

„Die Leute raus – Mieten hoch – bumm – ganz normal Kapitalismus

oder wie sagt man“ – so beschreibt ein Interviewer im Film diese Entwicklung. Wo bleiben die Menschen, die in den günstigen Wohnungen lebten und die in den Kneipen für 1,50 Euro ein Bier trinken konnten? Was passiert mit denen, die nicht mehr in das neue Bild passen oder sich wehren?

26. August: „Water Makes Money“ und „Wasserkrieg“

Zwei Filme über den selben Konflikt. In Paris, wie in Bolivien wurde die Wasserversorgung privatisiert. Wir zeigen zwei ganz unterschiedliche Kämpfe, aber den selben Konflikt. Den selben Konflikt, den wir in Berlin auch erleben.

30. September: „Texas Kabul“

Die Regisseurin des Filmes be gibt sich nach den Anschlägen vom 11. September auf eine Reise um die Welt. Entgegen der allgemeinen Panik sucht sie in verschiedenen Ländern nach Gesprächspartnern im Vorfeld des Krieges.

AK Kultur und politische Bildung

„Hochstapler“, ein „Buch zur Zeit“



Katrin Heinau

DIE LINKE. Neukölln lädt am Montag, 13. Juni, um 19 Uhr zu der Buchpräsentation „Hochstapler“ von und mit der Autorin Katrin Heinau in das Ladenlokal am Richardplatz 16 ein.

Berlin, Gegenwart. Fred Schiller kündigt seine Hartz-IV-Existenz und versucht das Leben ohne Wohnung, Arbeit und Geld. Es verschlägt ihn aufs märkische Land, er verliebt sich, bricht in ein Sommer-

haus ein. Als er das Kind der Besitzer vor dem Ertrinken im Dorfteich rettet, müssen diese sich mit dem Eindringling arrangieren. Er wird mit seinem angeblichen Freund, einem Künstler, verwechselt und nun ergreift Fred Schiller die zweifelhafte Chance. In New York von reichen Sammlern unterstützt, kommt er bei einem der bedeutendsten Galeristen der Welt unter Vertrag und erfindet ein symptomatisches Werk.

Katrin Heinau hat „ein Buch zur Zeit geschrieben“, meint Robert Mießner in seiner Rezension in „junge welt“. Katrin Heinau hat in ih-

rem Buch, bei dessen Lektüre man gelegentlich über Dinge lacht, die eigentlich nicht lustig sind, ein Motto aus Louis-Ferdinand Célines ‚Reise ans Ende der Nacht‘ vorangestellt: ‚Man steigt im Leben nicht hinauf, man steigt hinab‘. Fred Schiller, möchte man meinen, widerlegt den Satz. Dabei bewegt er sich einfach fort.“

Katrin Heinau schreibt Prosa, Lyrik, Essays, Stücke und Hörspiele. Sie lebt in Berlin.

„Hochstaplerroman“ ist erschienen im Leipziger Literaturverlag. www.leipzigerliteraturverlag.de

Neu-Köllnisch

MAI 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6135919

Redaktionsschluss: 4.5.2011

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 23.5.2011

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



Foto: KDH

Gegen jeden Rassismus und Islamfeindlichkeit protestierten Antifaschisten im vergangenen Jahr anlässlich der Gründung der rechtspopulistischen Partei „Pro Neukölln“ im Neuköllner Rathaus. Um Widerstand dagegen zu unterbinden, hatte Bürgermeister Buschkowsky zuvor das Rathaus räumen lassen.

Thilo Sarrazin bleibt Mitglied der SPD. Seine Thesen, die landauf landab von Rechtspopulisten verbreitet wurden, sind „mit dem Meinungsspektrum“ der Sozialdemokraten vereinbar.

Kurz vor Ostern wurden die Parteiausschlussanträge gegen den ehemaligen Berliner Senator und Ex-Bundesbanker zurückgezogen. Zuvor hatte Sarrazin eine Dreipunkte-Erklärung abgegeben. Ohne etwas von seinen Thesen im Buch „Deutschland schafft sich ab“ zurückzunehmen schreibt er darin, er habe „nicht die Auffassung vertreten oder zum Ausdruck bringen wollen“ ... „mir lag es fern,“ ... „ich habe zu keiner Zeit die Absicht gehabt, mit meinen Thesen sozialdemokratische Grundsätze zu verletzen.“ Nun gilt nicht mehr, dass SPD-Chef Sigmar Gabriel Sarrazin wegen seiner Thesen als „Hobby-Darwin“ und „Hassprediger“ bezeichnet hat. Nun bleibt er SPD-Mann.

Für den Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky ist der Verbleib des umstrittenen Ex-Fi-

nanzsenators Thilo Sarrazin in der SPD ein „Sieg der Vernunft“, sagte er dem „Tagesspiegel“. Wegen der geteilten Meinungen zu Sarrazin sei die SPD in einer Situation gewesen, in der sie nicht mehr gewinnen konnte, erklärte Buschkowsky. Aber er will sie für die SPD gewinnen, die Rechtspopulisten. Er will Parteien am rechten Rad das Wasser abgraben, in dem er die SPD für ihre Ansichten öffnet. Wozu das Schweigen der etablierten Parteien führen könne, sehe man überall in Europa, so Buschkowsky: „Überall sind die

Rechtspopulisten auf dem Vormarsch und überall mit dem gleichen Thema.“ Und er will von „diesem Thema“ profitieren: Von den Sprüchen über „Kopftuchmädchen“, über „integrationsunwillige Zuwanderer“ usw. DIE LINKE hat gegenüber Sarrazin immer klare Kante gezeigt und gegen jede Form von Rassismus, auch gegen Islamfeindlichkeit, gekämpft. Das wird auch künftig so sein. Buschkowsky und Sarrazin jedoch stellen die SPD ins Abseits.

Klaus-Dieter Heiser

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Was tun bei Mieterhöhung?

Die Basisorganisation Hermannstraße der Neuköllner LINKEN hat kürzlich über Mieterhöhungen von Wohnungen im Kiez diskutiert. Mit Blick auf den angekündigten neuen Berliner Mietspiegel ein aktuelles Thema.

Zu beachten ist die Sperrfrist bei Mieterhöhungen. Der Vermieter kann (erneute) Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erst ein Jahr nach der letzten Mieterhöhung bzw. nach Vertragsabschluss geltend machen. Diese kann frühestens 15 Monate nach der letzten Mieterhöhung wirksam werden. Mieterhöhungen nach Modernisierung und Betriebskostenerhöhungen beeinflussen nicht den Beginn der Sperrfrist. Wer nachlesen

möchte: §558 Abs.1 BGB. Mieterhöhungen sind bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (Mietspiegel), innerhalb von drei Jahren um höchstens 20 Prozent möglich. Das ist die sogenannte Kappungsgrenze. Der Mieter hat das Recht, dass ihm derartige Mieterhöhungen in Textform erklärt und begründet werden. Zur Begründung der Mieterhöhung kann Bezug genommen werden auf den Mietspiegel, auf eine Mietdatenbank, auf Gutachten eines Sachverständigen oder die Benennung von drei vergleichbaren Wohnungen mit entsprechenden Entgelten. Der Mieter muss einer Mieterhöhung nach §558 BGB zustimmen. Ohne Zustimmung darf der Vermieter die Miete nicht erhöhen.

Wichtig ist, bevor man sich mit dem Vermieter anlegt, mit anderen betroffenen Mietern zu sprechen und eine Mieterberatungsstelle aufzusuchen.



Foto: DIE LINKE Neukölln

Aktionstag gegen Lohndumping

Vor dem Hintergrund der zum 1. Mai in Kraft tretenden Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit verteilten Mitglieder der LINKEN. Neukölln zehn Tage zuvor Infomaterial an die Kundinnen und Kunden der Netto-Filiale am S-Bahnhof Sonnenallee. Netto ist bekannt dafür, besonders niedrige Löhne zu zahlen (Neu-Köllnisch 4/2011). DIE LINKE. Neukölln wird auch weiterhin das Thema „Mindestlohn statt Lohndumping“ auf die Straße tragen und sich für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn stark machen.